

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 3/15

06.03.2015



Finanzminister Wolfgang Schäuble stellt fünf Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen in den Kommunen bereit. © Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/ photothek

Fünf Milliarden Euro mehr für Kommunen

Spitzenpolitiker aus Bundesregierung und Bundestag haben sich am 2. März auf ein zehn Milliarden schweres Investitionsprogramm des Bundes geeinigt. Sieben Milliarden Euro sollen zwischen 2016 und 2018 für weitere Investitionen deutschlandweit zur Verfügung stehen. Drei Milliarden Euro werden zusätzlich in den Fachressorts zur Gegenfinanzierung des Betreuungsgeldes eingesetzt.

Die gute Nachricht für die Kommunen: Fünf Milliarden Euro davon kommen bei den Städten und Gemeinden an. Konkret fließen 3,5 Milliarden Euro in ein Sondervermögen für finanzschwache Kommunen und zusätzliche 1,5 Milliarden Euro in die kommunale Infrastruktur. „Diese zusätzlichen Investitionsmöglichkeiten sind das Ergebnis einer erfolgreichen wachstumsfreundlichen Politik der unionsgeführten Koalition“, betonte Matthias Hauer MdB. „Und das bei einem ausgeglichenen Haushalt!“ Mit dem Investitionsprogramm setze der Bund seine Politik fort, die Kommunen massiv zu unterstützen. „Davon wird auch Essen weiter profitieren! Die städtische Verwaltung muss nun zeitnah den Investitionsbedarf, z.B. bei Schulen, Sportanlagen und Verkehrswegen, feststellen, um schnell reagieren zu können, wenn das Programm an den Start geht“, mahnt Matthias Hauer. „Der Bund leistet weiter seinen Beitrag – nun muss auch das Land Nordrhein-Westfalen die Stadt Essen konsequent entlasten.“

Wichtig: Förderung speziell für finanzschwache Kommunen

Auch wenn es die Aufgabe der Bundesländer ist und bleibt, für eine auskömmliche Finanzausstattung ihrer Städte und Gemeinden zu sorgen, könnten viele Herausforderungen nur von Bund und Ländern gemeinsam bewältigt werden. „Es ist ein großer Erfolg, dass bei dem nun anstehenden Programm nach Bedürftigkeit anstatt nur nach Himmelsrichtung gefördert wird“, kommentierte Matthias Hauer den Sonderfonds für finanzschwache Kommunen. Das Bundeskabinett soll das Investitionsprogramm und die notwendigen Gesetzesänderungen am 18. März auf den Weg bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Am 27. Februar hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit der Verlängerung der Stabilitätshilfe für Griechenland zugestimmt. Damit unterstützt das Parlament auch die klare und harte Verhandlungsführung von Wolfgang Schäuble.

Ich habe dieser Verlängerung zugestimmt und gemeinsam mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus der Union meine Entscheidung mit einer persönlichen Erklärung begründet. Diese Erklärung können Sie auf meiner Webseite unter www.matthias-hauer.de/erklaerung-zur-abstimmung-ueber-die-verlaengerung-der-stabilitaetshilfe-fuer-griechenland/ nachlesen.

Auch ich habe kein Verständnis für die unhaltbaren Äußerungen griechischer Politiker und Medien in letzter Zeit. Es muss aber deutlich werden: Wir haben weder über ein neues Programm noch über neues Geld für Griechenland abgestimmt. Das bestehende Programm kann von Griechenland weiterhin nicht einseitig verändert werden. Die Griechen haben nun bis Ende Juni 2015 Zeit, die anliegenden Reformen anzugehen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre dieses Newsletters und freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Matthias Hauer MdB bei einer Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages.

Finanzpolitik: Besserer Schutz für Kleinanleger

Kleinanlegerschutzgesetz: Der Deutsche Bundestag hat am 27. Februar in erster Lesung über das Kleinanlegerschutzgesetz beraten. Kleinanleger sollen damit in Zukunft besser vor trügerischen oder risikoreichen Angeboten geschützt werden. Anbieter und Vermittler von Vermögensanlagen müssen bald strengere Auflagen erfüllen und besser in ihren Prospekten über das jeweilige Anlageprodukt informieren. Halten sie sich nicht daran, drohen Sanktionen bis zum Vermarktungsverbot für ein Produkt. Neue Transparenzregeln sollen dafür sorgen, dass Kleinanleger künftig selber besser die Risiken einer Anlage einschätzen können.

Hochfrequenzhandel: Am 4. März hat sich der Finanzausschuss mit dem Leiter der Handelsüberwachungsstelle der Frankfurter Wertpapierbörse und der Eurex Deutschland, Michael Zollweg, über den Hochfrequenzhandel (siehe Info-Box rechts) ausgetauscht. Die Aufgabe der Handelsüberwachungsstelle ist es, die Marktintegrität zu sichern und einen fairen Handel zu gewährleisten, indem Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die Börsenregeln aufgedeckt werden. Als zuständiger Berichterstatter der Union hat sich Matthias Hauer MdB intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt: „Die Union unterstützt auch weiterhin die strenge Regulierung des Hochfrequenzhandels“, betonte Matthias Hauer.



Bei der Selbstbefassung tauschten sich die Parlamentarier im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages über den Hochfrequenzhandel aus. Die Koalitionsfraktionen unterstützen die auf europäischer Ebene vorgesehene strengere Regulierung des Hochfrequenzhandels und haben sie auch als Ziel im Koalitionsvertrag festgehalten.

Hintergrund

Hochfrequenzhandel

Der Hochfrequenzhandel ist eine Handelstechnik am Finanzmarkt, bei der Computer eigenständig Wertpapiere kaufen und verkaufen. Diese Hochleistungscomputer handeln auf Basis von Algorithmen und wickeln eine sehr hohe Anzahl von Aufträgen innerhalb von Millisekunden ab. Der Hochfrequenzhandel birgt gewisse Risiken, wie z.B. technische Fehler oder die verstärkte Volatilität von Kursen. Heute macht diese Art des Wertpapierhandels bereits 40 Prozent des Handelsvolumens an europäischen und 70 Prozent an US-amerikanischen Börsen aus.



Botschafter aus Mittelamerika

Die Botschafter der mittelamerikanischen Staaten Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica, Panama und Dominikanische Republik haben sich am 25. Februar mit den Mitgliedern der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe ausgetauscht. „Diese Gelegenheit habe ich genutzt, um mit dem Botschafter von Costa Rica, José Joaquín Chaverri Sievert (Bild rechts), ein Treffen in Essen zu vereinbaren“, berichtet Matthias Hauer MdB. „Besonders die Themen Gesundheit und Umwelttechnologie sind für Costa Rica interessant. Hier können wir vielleicht Kooperationen anstoßen. Außerdem wollen wir das Gespräch über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Hochschulen in Costa Rica und Bildungseinrichtungen in Essen vertiefen.“

Berlin

Fachgespräch zum Mindestlohn

Am 2. März hat der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Fachgespräch über die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn eingeladen. Gemeinsam mit über 300 Gästen aus dem ganzen Bundesgebiet, darunter viele Vertreter von Unternehmen und Verbänden, diskutierten die Parlamentarier über die Dokumentationspflichten bei der geringfügigen Beschäftigung, die Regelungen bei Zeitarbeitskonten und die Einkommensgrenze der Dokumentationspflicht. „Die vom SPD-Ministerium geforderten Aufzeichnungspflichten gehen an der unternehmerischen Realität vorbei“, betonte Matthias Hauer MdB. „Der Mindestlohn steht nicht zur Debatte, aber die Bürokratie dabei ist völlig überzogen.“ Das Gespräch leiteten der PKM-Vorsitzende Christian Freiherr von Stetten, die stellvertretende Bundesvorsitzende Julia Klöckner MdL, Reinhard Gönner, Mitglied der Mindestlohnkommission, Karl Schiewerling MdB sowie Max Straubinger MdB.



Bis April will sich der Koalitionsausschuss einen Überblick über die praktischen Probleme bei der Mindestlohnregelung verschaffen und über mögliche Anpassungen im Gesetz entscheiden. Das Fachgespräch des Parlamentskreises Mittelstand dazu traf auf großes Interesse bei Vertretern aus Verbänden und Vereinen, die ihrem Ärger über die Bürokratie beim Mindestlohn Luft machten.

CDU 2017 zum Einwanderungsrecht

Auf Einladung von Jens Spahn MdB diskutieren etwa 60 Politikerinnen und Politiker der CDU aus Bundestag, Europaparlament, Landtagen und Junger Union in Berlin über Änderungen des Einwanderungsrechtes. Zum Abschluss des Treffens am 2. März beschloss die Gruppe „Zehn Thesen“, die eine Neuregelung der Zuwanderung und verstärkte Anstrengungen bei der Integration fordern. „Wir brauchen eine Debatte darüber, welche Art von Einwanderung wir wollen, wie wir sie steuern und wo wir sie begrenzen. Wir brauchen keine ungesteuerte Zuwanderung in die Sozialsysteme, sondern Einwanderung gut qualifizierter Fachkräfte“, sagte dazu Matthias Hauer MdB, der auch der „CDU 2017“ angehört. Das Konzept betont außerdem die „Verantwortungsgemeinschaft“ aller, die in Deutschland leben. „Wir brauchen kein Multikulti“, heißt es darin, „sondern ein klares Bekenntnis zu Deutschland und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“



Bei ihrem dritten Treffen verabschiedeten die Politikerinnen und Politiker der „CDU 2017“ zehn Thesen zur Debatte um ein neues Einwanderungsrecht. Diese Thesen sollen die Diskussion dazu in der CDU insgesamt vorantreiben.

Gespräch mit katholischer Jugend

Am 26. Februar haben sich Mitglieder der Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Vertretern des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend Nordrhein-Westfalen e.V. (BDKJ NRW) getroffen. Die Themen des Gesprächs waren vor allem Freiräume für Kinder und Jugendliche, Bürokratieabbau beim Bundeskinderzuschutzgesetz und die Flüchtlingspolitik. „Ich habe mich sehr gefreut, dass auch der Diözesanverband Essen durch Susanne Waidmann und Martin Diehm vertreten war“, bekräftigte Matthias Hauer MdB. Der Austausch mit den Parlamentariern ist Teil der Kampagne „U28 – Die Zukunft lacht“, mit der der BDKJ NRW Politikerinnen und Politiker anregen will, ihre Entscheidungen auch aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen zu betrachten.



Essen

Gegen Salafismus: CDU verteilt Grundgesetze

Am 14. und 28. Februar hat die kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU in Essen auf der Kettwiger Straße an Passanten das Grundgesetz verteilt und über die Gefahren des Salafismus informiert. Die Aktionen waren als Gegenaktionen zur zeitgleich angekündigten Koranverteilung der Salafisten geplant – die wiederum beide Male nicht erschienen. „Wenn die Salafisten nicht kommen, können Sie keine Menschen anwerben – das ist für uns erst einmal ein Erfolg“, sagte Matthias Hauer MdB, der neben Oberbürgermeisterkandidat Thomas Kufen MdL an beiden Terminen vor Ort war. „Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau: Wir schätzen die Werte, die in unserem Grundgesetz verankert sind, und verteidigen sie gegen jede Form von Extremismus.“ Salafisten sind besonders radikale Islamisten, sie sich als Verfechter eines aus ihrer Sicht ursprünglichen Islams sehen. Zentraler Bestandteil dieser Ideologie ist der propagierte allumfassende Geltungsanspruch des islamischen Rechts, der Scharia.



Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung: Matthias Hauer verteilt gemeinsam mit Mitgliedern der Essener CDU auf der Kettwiger Straße das Grundgesetz.



Beim Diakoniewerk in Bergerhausen

Am 19. Februar konnten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger mit Matthias Hauer MdB während einer Bürgersprechstunde im Hause des Diakoniewerks über bundespolitische Themen austauschen. Außerdem standen Ratsherr Peter Tuppeck (2.v.l.) sowie die Bezirksvertreter Oliver Ottmann (Mitte) und Patrick Arndt (r.) für Fragen rund um den Stadtteil Bergerhausen und die Kommunalpolitik zur Verfügung. Zuvor hatte sich Matthias Hauer MdB mit dem Geschäftsführer des Diakoniewerks Essen, Joachim Eumann (l.), getroffen, um über die Arbeit und Aufgaben der Diakonie zu sprechen. „Die wertvolle Arbeit des Diakoniewerks in Essen und dessen vielfältige Aufgaben sind beeindruckend“, so Matthias Hauer.

Eröffnung der KAUSA-Servicestelle

Am 10. Februar ist die KAUSA-Servicestelle im Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) eröffnet worden. Thomas Rachel MdB (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, überreichte persönlich den Förderbescheid über knapp 400.000 Euro. KAUSA steht für „Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration“ und soll vor allem Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund über die duale Ausbildung informieren. „Eine gute, abgeschlossene Ausbildung ist eine hervorragende Voraussetzung für einen Arbeitsplatz und gelungene Integration“, so Matthias Hauer MdB, der mit 80 weiteren Gästen aus Wirtschaft und Politik bei der Eröffnung dabei war. KAUSA soll mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützen.



Essen

Holsterhausen und Altendorf im Gespräch

Gemeinsam mit den örtlichen Ratsherren Jörg Uhlenbruch (3.v.l.) und Andreas Kalipke (2.v.l.) sowie Mitgliedern der Bezirksvertretung stand Matthias Hauer MdB am 12. Februar den Bürgerinnen und Bürgern in Holsterhausen für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Die Besucherinnen und Besucher der Bürgersprechstunde interessierten sich vor allem für die Themen Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auch einige Verschmutzungen im Stadtteil wurden angesprochen.

Die nächste Bürgersprechstunde von Matthias Hauer MdB wird am 10. März in Altendorf stattfinden: Von 17:45 bis 19:00 Uhr lädt der Essener Bundestagsabgeordnete zum Gespräch an der Ecke Altendorfer Straße/Helenenstraße ein. Vom CDU-Ortsverband Altendorf/Bockmühle werden u.a. der Ortsvorsitzende Jens Kuhleemann und Rolf-Dieter Liebeskind (stellv. Bezirksbürgermeister) dabei sein.



Retter in der Not: Besuch bei den Johannitern

Am 11. Februar war europäischer Tag des Notrufs: Aus diesem Anlass hat Matthias Hauer MdB stellvertretend für alle Essener Hilfsorganisationen die Rettungsdienstschule der Johanniter-Unfall-Hilfe in Essen besucht. Gemeinsam mit dem Sprecher der CDU-Ratsfraktion, Fabian Schrupf, informierte er sich über die Ausbildung der Rettungskräfte. „Wer den Notruf wählt, braucht schnelle und professionelle Hilfe“, bekräftigte der Bundestagsabgeordnete. Im Trainings-Rettungswagen zeigten Rettungsassistent Carsten Laabs (Mitte) sowie die FSJlerinnen Karolin Rommerswinkel (l.) und Amelie Busch (r.) den Politikern einen High-End-Patientensimulator, an dem Retter aus- und fortgebildet werden. „Ich bedanke mich bei allen Essener Hilfsorganisationen für die gute Arbeit!“, betonte Matthias Hauer.

Überruhr: Landwirtschaftsbetrieb in Essen

In derselben Woche besuchte Matthias Hauer MdB gemeinsam mit Ratsfrau Walburga Isenmann, dem örtlichen stellvertretenden CDU-Ortsvorsitzenden Norbert Mering (2.v.l.) sowie Bezirksbürgermeister Manfred Kuhmichel (r.) den Groote-Hof in Essen-Überruhr. „Gerade im städtischen Raum brauchen die landwirtschaftlichen Betriebe Ansprechpartner in der Politik“, sagte dazu Matthias Hauer. Mit Georg Groote (l.), der landwirtschaftliche Lohnarbeit, Landschaftspflege und Pensionspferdehaltung betreibt, diskutierten die Politiker insbesondere die Situation der Landwirte in Essen. Bei dieser Gelegenheit nahmen sie auch die neue Infotafel der Überruhrer Bürgerschaft in Augenschein, die historische Infos zum Hof liefert.



Rosenmontagszug der CDU in Kupferdreh

Jede Menge jecke Christdemokraten haben auch in diesem Jahr wieder traditionell am Rosenmontagszug durch Kupferdreh mitgewirkt. Das Motto des Wagens der CDU Kupferdreh/Byfang: „Soll Essen kurieren, muss Kufen regieren.“ Oberbürgermeisterkandidat Thomas Kufen MdL war dementsprechend auch als „Chefarzt“ an Bord. „Unsere Botschaft ist beim närrischen Volk gut angekommen!“, sagte der Bundestagsabgeordnete Matthias Hauer. Wie in jedem Jahr verteilten die CDU-Aktiven Popcorn unter den Närrinnen und Narren. Die CDU Kupferdreh/Byfang bedankte sich ausdrücklich beim Essener Künstler Michael Ladenthin, der erneut das Mottoplakat entworfen hatte.

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://www.facebook.com/matthiashauer.cdu)

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

